

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884

27.1.1884 (No. 23)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 27. Januar.

No. 23.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1884.

Bestellungen auf die Karlsruher Zeitung für die Monate Februar und März werden bei allen Postämtern Deutschlands, bei der Expedition, sowie bei den H. Agenten angenommen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 26. Januar.

In Frankreich bemühen sich die Monarchisten und die Radikalen um die Wette, den gegenwärtig herrschenden Nothstand für ihre Zwecke auszunutzen. Daß der Herzog von La Rochefoucauld-Bisaccia in der Deputirtenkammer mit aller Entschiedenheit für die Lumpensammler von Paris Partei ergreift, gleichsam als ob die letzteren berufen wären, bei der Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich mitzuwirken, paßt sehr wohl in das ganze System der monarchistischen Partei, mit allen Mitteln die republikanischen Einrichtungen in Mißcredit zu bringen. In dieser Hinsicht können die Parteigänger des Grafen von Paris mit voller Sicherheit auf die Bundesgenossenschaft der Bonapartisten zählen, deren Führer Paul de Cassagnac die Lösung ausgegeben hat, daß selbst die weitestgehenden Anträge der Ultraradikalen die Unterstützung der Partei des „appel au peuple“ finden sollen, vorausgesetzt, daß dieselben den Sturz des Cabinets herbeizuführen vermöchten. Von diesem Gesichtspunkte aus wird auch die Ablehnung des Antrages auf strafgerichtliche Verfolgung des ultraradikalen Deputirten Talandier zu einer großen Niederlage des Ministeriums Jules Ferry aufgefaßt, dessen Lage sich gegenwärtig um so mißlicher gestaltet, als die Siegesnachrichten aus Tonkin noch immer auf sich warten lassen. An Zündstoff fehlt es den Agitatoren augenblicklich nicht, und die Parteigänger der Commune ermangeln auch nicht, die Massen aufzureizen. So berichtet der „Intransigeant“ unter der Ueberschrift: „Ein Opfer Poubelles“ den Selbstmord eines chifonniers, der in Folge der Verordnung des Präfekten in Noth und Tod getrieben worden sein soll. Wie aufreizen derartige Geschichten gerade in der französischen Hauptstadt mit Rücksicht auf die herrschende Krisis wirken müssen, ist den ultraradikalen Hefern wohl bekannt. Die Regierung beschränkt sich inzwischen darauf, die gegen sie erhobenen Anschuldigungen in ihrer Presse zu widerlegen. Wächst aber die Bewegung wie bisher, so wird sie nicht verabsäumen dürfen, auch ihre Vorsichtsmaßregeln zu treffen.

Zu den Berathungen des elsäß-lothringischen Landesauschusses

wird uns geschrieben:

§§ Straßburg, 25. Januar 1884.

Unser Landesauschuss scheint diesmal eine ganz besondere Neigung zu großen politischen Debatten zu haben. Nicht nur die erste Lesung des Etats wurde, wie das nun einmal Brauch, zu allgemeinen Betrachtungen über die Lage des Landes und über die Politik der Regierung verwendet, sondern auch die zweite Lesung, in deren Mitte wir eben stehen, gab bereits zu zwei verschiedenen Malen Anlaß zu ausführlichen Erörterungen politischer Art. Die Führer im Streit sind die beiden Freiherren Born v. Bulach, insbesondere Bulach Sohn. Er hatte seinem übervollen Herzen freilich bereits bei der Generaldebatte Luft gemacht; ein kleiner Rest aber mußte doch zurückgelassen sein; dazu kam dann die inzwischen erfolgte Veröffentlichung der Unterredung des Statthalters mit den Herren A. und B. So erhob sich denn Bulach-Sohn bei dem Beginn der zweiten Lesung nochmals zu einer großen Rede, und zwar bei der ersten Position unseres Etats: „Statthalter und sein Bureau“ — vielleicht wäre es passender gewesen, für die Beschwerden eine andere Stelle des Etats auszuwählen. Seine Angriffe hatten eine sehr persönliche Zuspitzung gegen den Statthalter und sein Regiment, und man konnte von vornherein überzeugt sein, daß die heftigen Attacken des Hrn. v. Bulach gerade in elsäßischen Kreisen auf lebhaften Widerspruch stoßen würden. So mußte es sich der Redner denn auch gefallen lassen, daß sich der Bürgermeister von Mülhausen erhob und im Namen des Landesauschusses erklärte, die Angriffe des Hrn. v. Bulach seien nur dessen persönliche Meinung, die Versammlung selbst, wie das Land sei im Gegentheil dem Statthalter dankbar für sein Regiment der Milde. Ich glaube Gewicht darauf legen zu sollen, daß gerade der Bürgermeister von Mülhausen, also einer Stadt, deren Deutschfreundlichkeit sich in ziemlich engen Grenzen bewegt, diese Erklärung abgab; um so mehr als ein Telegramm aus Straßburg Herrn Köchlin (Mitglied des Staatsraths) als den Sprecher bezeichnete; es beruhte das offenbar auf einer Verwechslung: der Bürgermeister von Mülhausen führt den Namen Mieg-Köchlin.

Hrn. v. Bulach-Vater erhob seine Anklagen bei der Position „Zur Herausgabe amtlicher Zeitschriften“. Sein Born war durch einen Artikel des hiesigen Blattes der

Regierung erregt, in welchem dasselbe, übrigens vor fast einem Jahre, den Kommissionsbericht des Hrn. v. Bulach über die Tabakmanufaktur kritisierte. Der Landesauschuss gab Hrn. v. Bulach die Genugthuung, daß er die betreffende Position von 39,000 auf 20,000 Mark herabsetzte, freilich nur mit einer sehr geringen Majorität, zu der die Lothringer das wesentlichste Contingent stellten.

Als weiterer Führer und Redner der Opposition spielt Abbé Winterer eine Rolle. Er versteht es, seine Reden wenigstens für weitere Kreise durch ein ganz besonderes Pathos eindrucksvoll zu machen; aufmerksamen Zeitungslesern und ebenso seinen Kollegen vom Landesauschuss bringen seine Ausführungen manche Erinnerung aus früheren Sessionen, da der redgewaltige Herr sich mit Vorliebe über gewisse Lieblingsthemata wiederholt ausspricht, wie über Unchristlichkeit, Unfittlichkeit, Alkoholisimus und ähnliches. Herr Grad — so verdientvoll im Allgemeinen sein vielseitiges Wirken im Landesauschuss ist — liebt es von Zeit zu Zeit seiner Opposition einen burlesken Ton zu geben.

„Volle Verfassung“ und „Autonomie“, das sind die Schlagworte, in denen sich die politischen Wünsche konzentriren. Unter der letzteren Bezeichnung ist vermuthlich, da der Wunsch der früheren Autonomisten, eine eigene Regierung im Lande zu haben, ja erfüllt ist, eine größere Unabhängigkeit von Bundesrath und Reichstag zu verstehen, eine Gleichstellung Elßäß-Lothringens auch in dieser Beziehung mit den übrigen deutschen Staaten. Die staatsrechtlichen Schwierigkeiten, die diesen Verlangen entgegenstehen, liegen auf der Hand. Die „volle Verfassung“ zielt in erster Linie auf die Beseitigung des Diktaturparagraphe. In letzterer Beziehung hat sich die Regierung wiederholt dahin ausgesprochen, daß sie sich freuen würde, wenn ihr die Möglichkeit gegeben wäre, diesem Verlangen nachzukommen. Sie hat aber auch die Bedingungen für diese Möglichkeit nicht verhehlt, und zu diesen gehört in erster Linie eine energische Zurückweisung der Pariser Agitation seitens der hervorragenden Vertreter des Landes. Vielen derselben scheint es noch recht schwer zu werden, diese zudringlichen und kompromittirenden Freunde an der Seite von sich abzuschießen. Es ist wohl mehr als wahrscheinlich, daß die diesbezüglichen Verhältnisse auch Gegenstand der Unterredung zwischen dem Reichskanzler, dem Statthalter und dem Vorkämpfer Fürsten Hohenlohe gewesen sind. Ein nachdrückliches Auftreten in Paris wird zweifellos vom besten Erfolge begleitet sein, und ebenso ist es natürlich, daß die hiesige Regierung mit der Vorkämpfer in Paris eine ganz besonders enge Fühlung haben muß. So lange von Paris her gewühlt und die Bühlerei nicht von den maßgebenden elsäß-lothringischen Kreisen aufs nachdrücklichste zurückgewiesen wird, ist der Diktaturparagraph ein unentbehrliches Korrektiv.

Ein von uns wiedergegebenes Telegramm aus Rom erwähnt eine Interpellation in der Kammer über den „Mord von Spalato“. Wie wir heute italienischen Blättern entnehmen können, hat es damit folgende Bewandniß:

Am Morgen des 8. Januar schritt ein chioagiotischer Fischer dem Hafen von Spalato, wo seine Bark lag, zu. Er trug einen Sack mit Pulver, der so groß war, daß er ihn mit beiden Händen fassen mußte. Wenige Schritte vom Ufer, an dem seine Bark lag, entfernt, wurde er plötzlich durch einen Revolverschuß niedergestreckt. Der Feuernde war ein Komunalpolitiker von Spalato. Pio Padovani, so heißt der Fischer, wurde in's Spital gebracht, wo er nach drei Tagen starb. Er hinterläßt in Chioaglia eine alte Mutter und eine Braut, die er zu Ostern heirathen sollte. Der Polizist, der ihn erschossen hat und der angeblich die Schusswaffe ohne Genehmigung seiner Vorgesetzten trug, wurde vernommen und gab an, er sei mit Steinen beworfen worden, es scheint aber, daß selbst, wenn dies geschehen ist, Padovani nicht der Schuldige gewesen sein kann, da er beide Hände beschäftigt hatte, auch absolut nicht abzusehen ist, warum er eigentlich den Polizisten beworfen sollte. In Spalato, wo die nationalen Leidenschaften allezeit hoch gehen, witterte man hinter dem Mord (wenn es einer ist, was ja eben die Untersuchung erst ergeben kann) ein nationales Motiv, und die dortigen Bewohner italienischer Nationalität haben das Leidenbegännis des unglücklichen Padovani zu einer Demonstration benützt.

Die österreichischen Blätter sprechen den Wunsch aus, daß seitens der österreichischen Regierung eine authentische Darlegung des Voralles erfolge und daß der Polizist, falls er schuldig befunden werde, der gerechten Strafe nicht entgehe.

Deutschland.

* Berlin, 26. Jan. (Tel.) Se. Majestät der Kaiser empfing gestern Vormittag den Statthalter Hrn. von Mantuffel, im Laufe des Nachmittags empfing Seine Majestät die Besuche des Kronprinzen, der Kronprinzessin, der Prinzessin Victoria und der Erbprinzessin von Weimingen. Heute ist seine Majestät nach gut verbrachter Nacht zur gewöhnlichen Zeit aufgestanden, nahm Vormittags die laufenden Vorträge entgegen und empfing mehrere Offiziere zu Meldungen. Die Heiserkeit ist fast vollständig geschwunden. — Der „Reichsanzeiger“ meldet: Professor

Dorner ist auf sein Ansuchen des Amtes als Mitglied des Evangelischen Oberkirchenrathes entbunden und bei diesem Anlaß zum Wirklichen Oberkonsistorialrath mit dem Range eines Raths erster Klasse ernannt worden. — Die Leiche Lasker's ist heute Nacht 12 Uhr 40 Minuten auf dem Lehrter Bahnhof eingetroffen. Ein offizieller Empfang fand nicht statt; etwa 100 Personen, darunter eine Anzahl Damen, Vertreter fast sämtlicher Berliner Zeitungen, sowie die Korrespondenten englischer und italienischer Blätter, Mitglieder des Vereins „Waldeck“ und des Arbeitervereins waren anwesend. Die beiden Brüder Lasker's hatten die Leiche hierhergeleitet. Der mit Guirlanden und schwarz-weißen Schleifen geschmückte Waggon, worin der Sarg unter Blumen aufgebahrt war, blieb geschlossen. Heute Abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr findet die feierliche Ueberführung der Leiche vom Bahnhof nach der Synagoge statt.

— Der Volkswirtschafts-Rath genehmigte die Ziff. 6—19 der Grundzüge der Unfallversicherungs-Vorlage unverändert bei sehr eingehender Berathung. Ziff. 6 (Erhebung der Deckungskapitalien) wurde mit allen gegen 3, die Bildung von Reservefonds mit 25 gegen 23 Stimmen abgelehnt.

Bremerhaven, 25. Jan. In Folge des Sturmes traf der „Nedar“ erst Vormittags zehn Uhr auf der Rheide ein. Fast sämtliche Schiffe und Gebäude waren auf Halbmaß gesalgt. Sofort nach dem Eintreffen im Hafen wurde der Sarg an's Land geschafft und unter den Klängen des Beethoven'schen Trauermarsches in die Halle des Norddeutschen Lloyd getragen, welche mit frischem Grün und Flaggen reich geschmückt war. Hier wurde der Sarg auf einen Katafalk gestellt. Der Bruder und der Schwager Lasker's, die Abgeordneten Wölffel, Baumbach, Barth, Ripke, Ahlhorn, ferner der Ausschuß des hiesigen Reichsvereins, die Mitglieder der Behörden und mehrere hundert Bremer Bürger nahmen um den Katafalk Aufstellung, worauf der Präsident der Bremer Bürgerschaft, Claussen, die erste Ansprache hielt, worin er den Todten auf deutschem Boden begrüßte, seine Uneigennützigkeit, Charaktereigenschaft, Liebe zur Freiheit und dem Vaterlande rühmend hervorhob. Der Abgeordnete Baumbach hieß den Berewigten namens der Freunde und Wähler in der deutschen Heimath willkommen, dankte den Deutschen Amerika's für die ehrende Aufnahme, die Lasker in Amerika gefunden. Lasker's Tod bewegte Alle tief. Lasker's Herz weilt stets im Vaterlande. An seinem Sarge müsse aller Streit und Haber schweigen, auch der konfessionelle. Der Verstorbene habe sich zur wahren Religion der Menschlichkeit bekannt. Er sei viel bekämpft, aber auch viel geliebt worden. Seine Selbstlosigkeit, Selbstverleugnung und Vaterlandsliebe sei von Jedem anerkannt. Der Abgeordnete Wölffel legte namens der Liberalen Vereinigung einen Kranz auf den Sarg. Der Prediger der israelitischen Gemeinde Bremens, Lewinger, feierte Lasker als Freund der Wahrheit. Er spendete gleichfalls einen Kranz. Unter einem Trauermarsch wurde der Sarg hierauf in einen schwarz und weiß ausgeschlagenen Waggon getragen und, begleitet von auswärtigen Trauergästen, nach dem Bahnhof Seestemünde übergeführt, von wo er Nachmittags zwei Uhr nach Berlin weiterfuhr.

Dresden, 25. Jan. Die Zweite Kammer hat die Vorlage der Regierung, ein Haus in Berlin für den Gebrauch der Bevollmächtigten zum Bundesrath und für die Gesandtschaft zu miethen, an die Finanzabordnung verwiesen zur Erwägung, ob der Ankauf eines Hauses nicht vortheilhafter sei.

Stuttgart, 25. Jan. In dem Beleidigungsprozeß des Redakteurs des „Staatsanzeigers“, Prof. Wieland, gegen die Schriftsteller Pfau und Hauffmann, gew. Redakteure des „Beobachters“, ist heute das Urtheil des Landgerichts verkündigt worden. Dasselbe lautet abermals auf vier Wochen Gefängniß gegen Pfau, 100 M. Geldstrafe gegen Hauffmann und Verurtheilung Beider in die Kosten. Bekanntlich war von Seiten Pfau's gegen das Urtheil des Schöffengerichts (das auf acht Tage Gefängniß gelautet hatte) an das Landgericht, und nachdem dieses die Strafe auf 4 Wochen erhöht hatte, an das Oberlandesgericht appellirt worden. Das letztere verwies die Sache an das Landgericht zurück und dieses hat, wiewohl den Ausstellungen des obersten Gerichts an der Urtheilsbegründung völlig Rechnung tragend, in Anbetracht der Schwere der von Pfau zugesetzten Beleidigung, in Bezug auf die Strafzumessung den letzten Spruch dieser Instanz lediglich bestätigt. Hoffentlich kommt die über ein Jahr schwebende Angelegenheit nunmehr zur Ruhe.

München, 25. Jan. Der Kaiser von Oesterreich trifft morgen früh zu mehrtägigem Aufenthalt hier ein. — Der Landtag nahm nach zweitägiger Debatte den Antrag auf Aufhebung des Notariats mit 80 gegen 59 Stimmen der Linken an. Der Justizminister erklärte sich gestern und heute gegen den Antrag. — Der Referent der Reichsraths-Kammer über das Hagelversicherungs-Gesetz, Baron Gaisberg, beantragt die Ablehnung des Be-

Schluss der Abgeordnetenkammer betreffs Errichtung einer staatlichen Mobiliar-Versicherungsanstalt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 25. Jan. Die heutige Reichsraths-Verhandlung über die deutsche Staatsprache verlief wesentlich matter als die gestrige. Der erste Redner der Vereinigten Linken, Beer, begründete nochmals die geschichtliche Stellung des deutschen Volksstammes und der deutschen Sprache. Der tschechische Führer Nieger, der anfangs gemäßig und versöhnlich erwiderte, gerieth in eine gesteigerte Erregung bei dem Versuch einer Widerlegung der geschichtlichen Entwicklung Oesterreichs als deutschen Staates und ließ sich so weit fortreißen, bei der Erwähnung Maria Theresia's mit ironischem Tone die Bemerkung zu machen: „bei aller Achtung für diese ausgezeichnete Dame“, eine Taktlosigkeit, welche auf der Linken großen Tumult und Psui-Rufe hervorrief. Nieger wurde darüber noch wüthender und erklärte, er habe nichts Beleidigendes gesagt und lasse sich eine derartige Behandlung von der Opposition nicht gefallen. Endlich gelang es dem Präsidenten, den Zwischenfall beizulegen. Nieger schloß mit den Worten: Die Ehre der tschechischen Nation dulde nicht die von Wurmbrand gewollte gesegnete Bevorzugung der deutschen Sprache. Wurmbrand verwies auf die ungemaine Freiheit und die Rechte einzelner Nationalitätssprachen in Oesterreich, welche der Liberalismus geschaffen, warnte vor der Bildung rein nationaler Parteien, welche gewiß zuerst die jetzigen deutschen Konservativen wegbrausen würden, forderte dringend alle Landleute auf, jetzt für seinen Antrag zu stimmen, weil später der Versuch, ein Sprachengesetz zu schaffen, sich vielleicht als zu spät erweisen werde. Heinrich Clam vertrat alsdann wesentlich Hohenwart's und Nieger's Standpunkt und konnte trotz seiner langen bis 4 Uhr dauernden Rede nichts Neues vorbringen. — Die Blätter melden, der verdungelte Mörder des Detectivs Blösch habe vor seiner Festnahme den ihn verfolgenden Tagelöhner Mellon durch zwei Revolverkugeln am rechten Fuße derart verwundet, daß eine Amputation nothwendig sein dürfte. Die neuerlichen Erhebungen ergaben, daß Blösch fünf Schüsse erhielt. Der Thäter raubte dem Ermordeten Uhr und Kette, Börse und Revolver. Bei der Leibesvisitation des Thäters wurden gefunden: zwei Flaschen Gift, eine filochwere Dynamitbombe, welche nach dem Gutachten des Technikers 200 Menschen tödten könnte, ferner drei Revolver und zwei Dolche. Als er bei der Festnahme von Arbeitern durchgeprügelt wurde, sagte er: „Die Gesellschaft hat mich zum Mörder gemacht!“ Er verweigert bisher beharrlich jede Auskunft über seine Person und sagt nur beim Verhör, er habe von der deutschen Anarchistengesellschaft die Mission erhalten, Blösch, welcher Schaffhauser verhaftete, zu tödten. — Die „Politische Korrespondenz“ meldet als verlässlich aus Jassy über den von den Blättern besprochenen Zwischenfall mit dem österreichischen Konsul Schlic in der Sitzung des Oekonomischen Kongresses am 19. d. M., wo Schlic anwesend war. Es verließen der Advokat Buteulescu mit 10 Genossen den Saal mit der Erklärung, daß Fremde anwesend seien. Schlic, diese Erklärung auf sich beziehend, verließ alsbald gleichfalls den Kongreß. Der Bürgermeister und später der Polizeipräsident, der Präsident des Kongresses und der Distriktspräsident entschuldigten den Zwischenfall bei dem Konsul mit einem Mißverständniß. Die Demonstranten gaben selbst die Nothwendigkeit dieser Entschuldigung zu. Der Kongreß beauftragte in der Abend-Sitzung den Präsidenten, dem österreichischen Konsul sein Bedauern über den Vorfall auszudrücken. Sturdza sprach dem österreichischen Gesandten gegenüber gleichfalls seine entschiedene Mißbilligung über das Geschehene aus.

Pest, 25. Jan. Tisza's Reise nach Wien war von Erfolg gekrönt, indem der Kaiser selber es auf sich nehmen wird, eine Verständigung zwischen der Oberhausmehrheit und dem Ministerium Tisza zu vermitteln und im Sinne einer Einschränkung der Opposition gegen das Mischehengesetz zu wirken. Der Primas Simor und der Vicepräsident Tavernicus Cziraty wurden bereits nach Wien berufen, um in dieser Richtung beeinflusst zu werden.

Schweiz.

Bern, 25. Jan. Nach dem definitiven Ergebnis der im Kanton Waadt für den Verfassungsrath vorgenommenen Wahlen erlangten die Radikalen eine Mehrheit von 33 Stimmen.

Italien.

Rom, 25. Jan. Die Kammer genehmigte vor der Abstimmung über den neuen Schweizer Handelsvertrag eine von der Kommission vorgeschlagene Tagesordnung, welche von der Erklärung der Regierung Akt nimmt, daß sie fortfahren werde, gemeinsam mit der Schweiz auf eine den italienischen Interessen entsprechende Mäßigung der Transportbedingungen bei der Gotthard-Bahn hinzuwirken.

Frankreich.

Paris, 25. Jan. Depeschen, welche der Marineminister aus Hanoi vom 19. ds. empfangen hat, bestätigen, daß eine bedeutende Refugnoszirung auf Bacinh stattgefunden und daß letzteres sehr stark besetzt sei. Das Land um Sontay und die westlichen Gegenden seien ruhig; die Blockade der Küsten Tonkins werde fortgesetzt und sei nothwendig, um die Einfuhr von Kriegscontrebande zu verhindern. Durch die großen dem Handel gewährten Erleichterungen sei die Blockade freilich beschränkt. — Der Senat nahm den Artikel des außerordentlichen Budgets an, welcher die Banl von Frankreich ermächtigt, den Betrag des Notenumlaufs provisorisch um 300 Millionen Fracs. zu erhöhen. — Die Kammer setzte die Verathung der Langlois'schen Interpellation über die wirtschaftliche Krise fort. Morgen nimmt Ferry das Wort.

Spanien.

Madrid, 26. Jan. Die englische Flotte unter dem Herzog von Edinburgh verließ den Hafen von Palma. Wohin dieselbe geht, ist unbekannt. — Die Partei Castelar's beschloß, sich am Wahlkampf zu betheiligen.

Großbritannien.

London, 25. Jan. Der Marquis v. Hertford starb heute um 7 1/2 Uhr Abends. — Die Schiffsbauer am Tees und in Hartlepool haben vom März ab eine 20proz. Lohnreduktion angekündigt.

Rußland.

St. Petersburg, 25. Jan. General Kantakuzeno, der neue bulgarische Kriegsminister, reist heute nach Sofia ab. — Hr. v. Giers ist gestern Abend hier eingetroffen.

Ägypten.

Kairo, 25. Jan. General Gordon wurde heute Morgen vom Khebis in Audienz empfangen und hatte darauf bei dem Generalkonsul Baring mit diesem sowie mit General Wood und dem Ministerpräsidenten Nubar Pascha eine längere Verathung.

China.

Hongkong, 25. Jan. Einer Meldung des „Bureau Reuter“ aus Hoitow, auf der Insel Hainan zufolge sind daselbst Plakate angeschlagen, welche gegen die Ausländer aufzureizen geeignet sind. Ein Ausländer mußte sich vor dem Böbel in das britische Konsulat flüchten. Die chinesischen Behörden trafen strenge Maßregeln zur Verhütung weiterer Ausschreitungen. Die Passage des Kantonsflusses ist noch offen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 26. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag den Generalleutnant z. D. Freiherrn von Degenfeld, ersten Präsidenten des Badischen Militärvereinsverbandes, welcher höchstselben den 10. Jahresbericht über den Verein und längeren Vortrag über die Angelegenheiten des Vereinsverbandes erstattete.

Sodann nahmen Seine königliche Hoheit die Meldungen des Generalmajor von Melchior, Kommandeur der 56. Infanterie-Brigade, des Generalmajor Freiherrn Röber von Diersburg, Kommandeur der 55. Infanterie-Brigade, des Major Fiedler vom 4. Badischen Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112, sowie des Secondelieutenant Grafen von Bernstorff vom 1. Badischen Leib-Dragoon-Regiment Nr. 20 entgegen und ertheilten den nachbenannten Personen Audienz: dem Pfarrer Huhn von Blüh; dem Oberamtmann Rafina von Tauberbischofsheim; dem Hauptlehrer Becker von Steinbach; dem Oberamtmann Gruber von Durlach; dem Bezirksarzt Fischer von Mannheim; dem Forstrath Mayerhöffer von Offenburg; dem Sekretär Zimmermann von Darmstadt und dem Oberrechnungs Rath Siegl von hier.

Nachmittags besuchten Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin die Kunstgewerbeschule unter Führung des Direktors Professor Göb; hierauf nahm der Großherzog verschiedene Vorträge entgegen und arbeitete später mit dem Präsidenten Regenauer.

* (Landes-Gewerbehalle.) In ihr hat die Möbel-fabrik von F. W. Würd's Nachfolger in Mannheim seit gestern eine Kollektion seiner Kunstmöbel zur Ausstellung gebracht.

Mannheim, 25. Jan. (Vortrag. Socialdemokratische Versammlung.) Im Kaufmännischen Verein hielt Professor Dr. Kugler aus Tübingen vor einem großen Auditorium einen interessanten Vortrag über Tempelherren und Freimaurer, worin er den Nachweis führte, daß die Tempelherren als treue Söhne der Kirche keine besondere Sekte gebildet hätten und daß die Freimaurer keine direkten Nachfolger der Tempelherren seien, sondern die Entschung dieser Vereinigung in den Anfang des 18. Jahrhunderts falle. — In Franenthal hielt vortagend Herr Willrich von Mannheim ein Referat über das Krankenassen-Gesetz, wobei auch Reichstags-Abgeordneter Frohme das Wort ergriff. Eine auf gestern nach Ludwigsbafen angelegte Versammlung, in der Frohme über das moderne Familienleben, dessen Verfall und die Mittel zu einer Reform reden wollte, wurde auf Grund des Socialistengesetzes verboten.

Kastatt, 24. Jan. (Schlachthaus.) In der heute stattgehabten Sitzung des Gemeinderathes und Bürgerversammlung wurde die Erbauung eines neuen Schlachthauses in hiesiger Stadt einstimmig genehmigt und dem Gemeinderath die Ermächtigung ertheilt, die hierzu erforderlichen Mittel bis zum Betrage von 100,000 M. im Wege des Anlehens zu beschaffen. Das neue Schlachthaus wird auf dem Plage erbaut werden, welcher bereits im Jahr 1880 dafür ausersehen ist, nämlich in der Augusten-Vorstadt am linken Murgufer, oberhalb der Friedrichsstraße. Zur Verzinsung und Tilgung des Bauaufwandes werden die Schlachtgebühren zc. im Betrag von etwa 8050 M. zur Verfügung stehen (die Einführung des Schlachthaus-Zwanges für Kleinvieh ist hiebei vorausgesetzt), von welcher Summe die auf 3800 M. berechneten Lasten abgehen; der hiernach verbleibende Ueberschuß von 4250 M. dürfte hinreichen, um das Anlagecapital nebst auflaufenden Zinsen in einem Zeitraum von 45 Jahren zu tilgen. (M. W.)

Aus dem vorderen Murgthale, 24. Jan. (Landw. Konsumverein.) Der Landw. Bezirksverein Kastatt hat am letzten Sonntag im Gasthaus „zum Kreuz“ in Kuppenheim eine Versammlung abgehalten, in welcher Hr. Landwirthschafts-inspektor Junghans von Aspichhof einen Vortrag über landwirthschaftliche Konsumvereine erstattete. — Nach Schluß der interessanten Auseinandersetzungen und Belehrungen des Redners wurde zur Gründung einer solchen Vereinigung geschritten und sind derselben am Gründungsstage schon 22 Landwirthe beigetreten. Die Mitgliederzahl des jungen Vereins wird sich jedenfalls noch erheblich steigern, wenn unsere Landwirthe erst erkannt haben, welche große Vortheile ihnen diese neue Einrichtung bringen kann. — Es wird zu einem wahren Segen für die Landwirthschaft werden, wenn in jedem Landorte solche Verbrauchs- und Verkaufsvereine entstehen! — Der Bedarf an Kraftfuttermitteln,

Saaffrüchten, künstlichen Düngemitteln zc. steigert sich von Jahr zu Jahr und wo bleibt der Landwirth, der nicht mit dem Strome schwimmt? — der sich diesen Neuerungen im Betriebe eigen-sinnig entgegenstellt? er wird von seinen Berufsgenossen überholt und seine Wirthschaft geht eben einfach zurück!

Freiburg, 25. Jan. (Vom Reichsgericht. Malcolm f.) Durch ein Testament vom Jahr 1854 war ein liegenschaftliches Vermögen im Werth von etwa 8000 Mark dem Hrn. Erzbischof „zur Verwendung für Knaben, welche sich dem geistlichen Stand widmen in einem Seminarium“ vermacht worden. Die Erbschaft wurde durch den am 2. Dez. 1881 erfolgten Tod des Testators eröffnet. Durch Ministerialerlaß wurde dem Testament als Zustimmung zur erzbischöflichen Hermann-Rohler'schen Stiftung die Staatsgenehmigung ertheilt. Die gesetzlichen Erben, Landleute aus Bleichheim, haben die Gültigkeit des Testaments und die Rechtmäßigkeit der ertheilten Staatsgenehmigung bestritten, weil nach dem noch bestehenden Gesetz vom 19. Februar 1874 Knabenseminare aufgehoben, wenn auch zur Zeit wieder stillschweigend gebildet sind. Die Hermann-Rohler'sche Stiftung klagte und die badischen Gerichte haben die ertheilte Staatsgenehmigung als zu Recht bestehend anerkannt und die Erben zur Herausgabe des Vermögens verurtheilt. Das Reichsgericht hat, der „Brsg. 3.“ zufolge, mit Urtheil vom 22. ds. die Klage abgewiesen und die Stiftung in sämtlichen Kosten verurtheilt. — Hr. Malcolm, brit. Admiral zur See, einer unserer angelegensten Einwohner, ist in Sevilla, wo er sich zur Bänderung eines hochgradigen Asthma aufhielt, gestorben. Der Verlebte war langjähriges Mitglied der Badischen Gesellschaft für Fischzucht und erwarb sich große Verdienste um dieselbe.

Theater und Kunst.

** **Karlsruhe, 26. Jan.** (Herr Oberländer), unser strebsamer Heldentenor, hat vorige Woche am Linger Theater ein dreimaliges Gastspiel absolviert. Wir entnehmen darüber der „Linger Zeitung“: Die „Troubadour“-Vorstellung, in welcher sich Hr. Alfred Oberländer vom hiesigen Publikum verabschiedete, gestaltete sich zu einer glänzenden Ovation für denselben. Der Manrico des Hrn. Oberländer war schon zur Zeit seines hiesigen Engagements ein in gesanglicher Beziehung vortrefflicher. Da jetzt der Schauspieler hinter dem Sänger nicht mehr zurückbleibt und Hr. Oberländer sich auch in erster Beziehung noch vervollkommen, die künstlerische Reife erlangt hat, so brauchen wir eigentlich nicht zu sagen, daß seine Leistung einen hohen Kunstgenuß bot.“ Denselben Erfolg hatte Hr. Oberländer als Arnold und Raoul.

Groß. Hoftheater. In Karlsruhe: Sonntag, 27. Jan. 5. Vorst. außer Ab. 5. Gastspiel des Hrn. Anton Schott: **Lohengrin**, große romantische Oper in 3 Aufzügen, von Rich. Wagner. Anfang 6 Uhr.

Dienstag, 29. Jan. 13. Ab.-Vorst.: **Julius Cäsar**, Trauerspiel in 5 Akten, von Shakespeare, überfetzt von W. A. Schlegel. Die Ouverture und die zur Handlung gehörige Musik von Ritter v. Seyfried. Anfang 6 Uhr.

Mittwoch, 30. Jan. 6. Vorst. außer Ab. 6. Gastspiel des Hrn. Anton Schott: **Die Walküre**, in 3 Aufzügen, von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr.

Badischer Landtag.

* **Karlsruhe, 26. Jan.** 25. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Lamey.

Am Regierungstische: Staatsminister Turban, Ministerialdirektor Eisenlohr und Ministerialrath Fr. Wielandt.

Eingelassen sind und werden durch das Sekretariat vorgelesen:

- 1) Bitte von 57 Bierbrauereien der Stadt und des Bezirks Bruchsal um Beibehaltung der Kesselsteuer; übergeben von dem Abg. Schmitt von Bruchsal;
- 2) Bitte mehrerer Gemeinden des Kinzig-Flußbau-Verbandes im Offenburger Bezirke um Entlastung der Gemeinden bezüglich der Flußbau- und Dammbau-Beiträge, in übereinstimmendem Wortlaut übergeben von den Abgg. Burg und Förderer;
- 3) Bitte sämtlicher Schmalviehwehger des Großherzogthums wegen Gewichtsbestimmung accispflichtiger Kinder; übergeben von dem Abg. Krafft.

Sämmtliche Petitionen gehen an die Petitionskommission. Der Präsident gibt hierauf dem Hause Kenntniß von einem an ihn gerichteten Schreiben des Herrn Präsidenten des Ministeriums des Innern, betreffend die Ergänzung der Erläuterungen einiger Positionen des Budgetentwurfes für 1884/85: Abschnitt III. „Ministerium des Innern“. Tit. VIII. „Bezirksverwaltung und Polizei“, § 25, und Tit. XVII. „Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues. Ordentlicher Etat, §§ 192, 206 und 215, sowie § 27 des außerordentlichen Etats, ferner „Außerordentlicher Etat“, „Wasser- und Straßenbau“: §§ 1—24.

Dieses Schreiben wird der Budgetkommission überwiesen. Der Abg. Blattmann zeigt Fertigstellung eines Berichtes der Budgetkommission an und bittet um Druckgenehmigung. Diefes wird gewährt.

Der Abg. Neubronn hat nach Mittheilung des Präsidenten sein Nichterscheinen in der vorgestrichen und der heutigen Sitzung mit Unwohlsein schriftlich entschuldigt.

Das Haus setzt hierauf die vorgestern unterbrochene Verathung des Berichtes der Kommission für den Gesetzentwurf, die Amtsdauer der Bezirksräthe, sowie die Zusammensetzung der Kreisversammlung betr., fort.

Zu Art. I dieses Gesetzentwurfes liegt ein Antrag der Abgg. Fretsch, Grether, Strübe vor, dahin gehend: „Zu Art. I Ziff. 3 den § 3 a. der Regierungsvorlage wieder herzustellen.“

Der bezügliche Passus des Regierungsentwurfes lautet: 3) Zwischen die §§ 3 und 4 (des Gesetzes vom 5. Okt. 1863, die Organisation der inneren Verwaltung betr.) wird folgende Bestimmung eingefügt:

„§ 3 a. Die Mitglieder der Bezirksräthe können von der Staatsregierung in dringenden Fällen aus dem in

§§ 24 und 25 der Gemeindeordnung angeführten Gründen ihres Amtes entlassen werden.

Die Kommission hatte gegenüber diesem Regierungsvorschlag beantragt, den allegirten § 25 der Gemeindeordnung in § 3 a zu streichen.

Der Abg. Frech begründet seinen Antrag auf Wiederherstellung des Regierungsentwurfes. — Derselbe wird befürwortet durch Ministerialdirektor Eisenlohr und die Abgg. Kiefer, Förderer, Winterer, bekämpft von den Abgg. v. Feder, Wacker, Bezinger, Lender, Flügel, sowie von dem Berichterstatter Abg. Pflüger. — Der Letztere bringt im Laufe der Debatte einen eventuellen Antrag, den er für den Fall der Verwerfung des Kommissionsantrags zur Annahme empfiehlt. Darnach soll § 3 a. folgende Fassung erhalten:

„§ 3 a. Die Mitglieder der Bezirksräthe können von der Staatsregierung in dringenden Fällen aus den in § 24 der Gemeindeordnung und auf Antrag des Bezirksraths auch aus den in § 25 der Gemeindeordnung angeführten Gründen ihres Amtes entlassen werden.“

Der Abg. Frech zieht hierauf seinen Antrag zu Gunsten des Pflüger'schen Antrags zurück. Bei der Abstimmung wird der Pflüger'sche Antrag angenommen.

Desgleichen Art. I des Entwurfs.

Zu Art. II ist von den Abgg. Frech, Winterer, Krausmann, Mays der folgende in der vorigen Sitzung bereits in allgemeiner Fassung gestellte, inzwischen redigirte Antrag eingebracht:

Die §§ 27—38 des Verwaltungsgesetzes werden durch die nachstehenden Bestimmungen ersetzt:

§ 27. Die Kreisversammlung besteht aus: 1) den Abgeordneten der Gemeinden, 2) den größten Grundbesitzern im Kreise, 3) den Mitgliedern des Kreis Ausschusses.

Die Zahl der als größte Grundbesitzer zur Theilnahme an der Kreisversammlung Berechtigten soll ein Sechstel der Abgeordneten der Gemeinden nicht übersteigen.

§ 28. Bei der Wahl der Abgeordneten der Gemeinden bildet jede Gemeinde von mehr als 4000 Einwohnern einen Wahlbezirk für sich und wählt 1 Abgeordneten.

Gemeinden von mehr als 6500 Einwohner wählen 2, größere Gemeinden auf je 5000 Seelen und die 2500 übersteigende Restzahl einen Abgeordneten.

§ 29. Diejenigen Gemeinden eines Amtsbezirks, welche nur 4000 Seelen oder weniger zählen, werden zu Wahlbezirken von ungefähr 4000 Seelen vereinigt. Jeder dieser Wahlbezirke wählt für sich einen Abgeordneten.

Bei der Ausschlagung der Gesamtzahl dieser Abgeordneten auf den ganzen Amtsbezirk ist eine 2500 übersteigende Restzahl der Bevölkerung gleich vollen 4000 zu rechnen.

§ 30. In den Gemeinden von mehr als 4000 Einwohnern erfolgt die Wahl durch den Bürgerausschuß in dessen geordneter Zusammensetzung, und zwar in den der Städteordnung nicht unterstehenden Gemeinden unter Mitwirkung der in Gemeindeordnung §§ 92—94 bezeichneten Vertreter beziehungsweise Gemeindesteuerpflichtigen. Hat eine Gemeinde mehrere Abgeordnete zu entsenden, so ist einer derselben durch den Gemeinderath (Stadtrath) zu wählen.

§ 31. In den in § 29 bezeichneten Wahlbezirken erfolgt die Wahl durch Wahlmänner, welche der Bürgerausschuß, in Gemeinden ohne Bürgerausschuß der Gemeinderath der wahlberechtigten Gemeinden, und zwar unter Mitwirkung der in Gemeindeordnung §§ 92—94 bezeichneten Vertreter, beziehungsweise Gemeindesteuerpflichtigen, ernannt.

Jede Gemeinde hat auf 200 Seelen einen Wahlmann zu ernennen, mindestens aber einen Wahlmann.

Abgeordnete Bemerkungen nehmen durch den Gemeindevorstand, und wenn deren mehrere sind, durch einen Vertreter derselben an der Wahlmänner-Wahl einer benachbarten Gemeinde Theil.

§ 32. Die Wahl geschieht durch geheime Stimmgebung und relative Stimmmehrheit. Zur Gültigkeit der Wahl genügt die Theilnahme der Hälfte der Wahlberechtigten.

Im Uebrigen wird für die durch Gemeinde-Wahlmänner (§ 31) vorzunehmenden Wahlen die Wahlordnung durch Regierungsverordnung bestimmt.

§ 33. Die Wahl der Abgeordneten gilt auf sechs Jahre; alle drei Jahre tritt die Hälfte aus. Ueber den Austritt entscheidet nach jeder Gesamtwahl das Loos.

§ 34. Wählbar sind alle Staatsbürger, welche das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben, mindestens seit einem Jahre innerhalb des Kreises wohnen und in keinem der Fälle sich befinden, welche nach der Gemeindeordnung von der Wählbarkeit in den Bürgerausschuß, beziehungsweise nach der Städteordnung von der Wählbarkeit zu Stadtverordneten ausschließen.

§ 35. Zur persönlichen Theilnahme an der Kreisversammlung (§ 27, Ziff. 2) sind diejenigen berufen, welche innerhalb des Kreises an Liegenschaften ein Grundsteuerkapital von mindestens 70,000 M. besitzen, das seit 5 Jahren von ihnen oder ihren Familienvorfahren vererbt wird. Die in § 35 bezeichneten persönlichen Erfordernisse mit Ausnahme des Wohnsitzes innerhalb des Kreises müssen auch bei ihnen vorhanden sein. Der Vorrang in der Berechtigung wird durch die Größe des Grundsteuerkapitals bestimmt.

Erklärt einer der zunächst berufenen größten Grundbesitzer, an der Sitzung keinen Theil zu nehmen, so tritt der nächstfolgende der zur persönlichen Theilnahme nach dem Vorstehenden befähigten Großgrundbesitzer ein.

(Die §§ 36, 38 fallen aus.)

Uebergangsbestimmung.

2) Ende 1886 findet eine Gesamtwahl der Kreisversammlungen nach Maßgabe des Artikels II. statt. Der Präsident eröffnet zunächst die Diskussion darüber, ob auf den Antrag der Abgg. Frech und Genossen vorbehaltlich der Berathung über die einzelnen Paragraphen desselben eingegangen werden solle.

An der Diskussion hierüber betheiligen sich Staatsminister Turban und die Abgg. Frech, Gönner, Winterer, Kiefer, Klein, Junghanns, v. Feder, Röttinger, Flügel, Schneider (Karlsruhe), Kothirt, Schneider (Mannheim), Hebling und der Berichterstatter Abg. Pflüger.

Bei der nach Schluß der Diskussion erfolgenden Abstimmung beschließt das Haus, auf den Antrag der Abg. Frech und Gen. vorbehaltlich der Berathung über die einzelnen Paragraphen desselben einzugehen.

Hierauf Schluß der Sitzung Nachmittags 1 Uhr. Einen ausführlichen Bericht über die heutige Diskussion wird die nächste Nummer des Blattes enthalten.

* 27. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 28. Januar, Vormittags 11 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Beantwortung der Interpellation der Abgg. Junghanns und Gen. bezüglich des Grundsteuer-Zuschlags. 3) Begründung des Initiativantrags des Abg. v. Neubronn, die Kauf- und Leihverträge über der Landwirtschaft dienende Liegenschaften betr. 4) Wahl der Kommission zur Berathung der landwirtschaftlichen Erhebungen. 5) Besprechung über die geschäftliche Behandlung der Brausteuervorlage.

Verschiedenes.

H (Unter der Spitzmarke „Postkassier oder Postkassierer“) macht gegenwärtig eine sehr unzutreffende Sprachstudie ihr Glück in den Zeitungen. Die Form „Kassier“ ist in Süddeutschland gebräuchlich, die Form „Kassierer“ ohne e war es von jeher und bei allen Kasernenverwaltungen in Preußen und gilt jetzt auch bei den Reichsbehörden: Generalkassierer, Bankkassierer, Güterkassierer. Welche der beiden Formen sprachlich richtiger ist, kann hier unerörtert bleiben; Sanders schreibt „Kassier“, das Wort kommt offenbar von caissiers, was Diebstaht seinerseits mit „Kassierer“ übersetzt. Jedenfalls haben die Post und der Staatssekretär Stephan mit der Sache gar nichts zu thun, und die Anführung, Letzterer habe dem „Kassier“ das er angehängt, ist völlig aus der Luft gegriffen. Die Vollständigkeit des Namens „Stephan“ bringt es eben mit sich, daß, wenn Einer diesen Namen nur ausspricht, er schon selber etwas Geistreiches gesagt zu haben glaubt.

Frankfurt a. d. O., 25. Jan. (Musikdirektor Gottfried Biesle), Direktor der gesammten Musikcorps des 3. Armeecorps, ist heute früh gestorben.

Kotbus, 25. Jan. (In der Georg Voigt'schen Fabrik) fand Nachmittags eine Kesselexplosion statt. Bisher sind 4 Tode gefunden.

Strasburg, 25. Jan. (Zur reichsständischen Tageschronik.) Die hiesige Polizeidirektion macht bekannt, daß in der Schweiz einem Landstreicher ein Farbenkempel mit dem Reichsadler und der Umschrift „Kaiserliche Polizeidirektion Straßburg im Elsaß“ abgenommen sei, welcher den echten bei der Polizeidirektion gebrauchten Stempeln vollkommen gleich. Es ist deshalb mit diesem Stempel versehenen Schriftstücken besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. — Die Octroi-Einnahmen der Stadt Straßburg lieferten im Dezember 1883 eine Mehreinnahme von 30,000 M. gegen den gleichen Zeitraum 1882, d. i. eine Steigerung um etwa 20 Prozent. Es darf dies immerhin als ein untrügliches Zeichen eines wirtschaftlichen Aufschwunges in unserer Stadt betrachtet werden. — Eine Deputation aus der Pfalz ist kürzlich hier einetroffen, um sich mit der Generaldirektion der Reichsbahnen und mit den Landesbehörden ins Benehmen zu setzen über die künftige Eisenbahn Zweibrücken-

Jugweiler mit Zweigbahnen nach Bilsch und Weisenthal. Das bayerische Abgeordnetenhaus ist geneigt, für die bayerische Strecke, welche sich an die pfälzische Ludwigsbahn anschließen würde, eine Zinsengarantie zu bewilligen. Generaldirektor Mebes, Staatssekretär v. Hofmann, sowie der Unterstaatssekretär v. Mayr haben die Deputation empfangen und ihr günstige Zusagen gemacht. — Biel von sich reden macht der Selbsterwerb eines Schülers des hiesigen Lyceums. Derselbe war, nachdem er früher bereits das consilium abeundi hatte unterschreiben müssen, von der Anstalt entfernt worden, weil er einer geheimen Schülerverbindung angehörte. Nach einer Veröffentlichung des Direktors der genannten Anstalt scheint das Unwesen der Schülerverbindungen (mit eiblichen Verpflichtungen auf den Schläger u. a. m.) dort in unerfreulicher Weise zu grassiren. — In Buchsweiler besichtigte eine Kommission den Neubau des dortigen Gymnasiums, als ein Theil des Gebäudes zusammenbrach. Mehrere Mitglieder der Kommission wurden erheblich verletzt, darunter der Gymnasialdirektor Hägele und der Bürgermeister Kellermann. Letzterer ist gestern seinen Verwundungen erlegen. — In Metz wurden kürzlich an den Straßenecken antimilitärische Plakate angeschlagen, aber von der Polizei bald wieder beseitigt.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 26. Jan. Das Abgeordnetenhaus genehmigte mehrere Positionen des Etats des Handelsministeriums nach den Kommissionsbeschlüssen. Die Gesetzentwürfe betreffend das Höferecht in der Provinz Hannover und die Errichtung eines Landgerichts zu Memel wurden in erster und zweiter Lesung genehmigt. Der Gesetzentwurf um Abänderungen des Pensionsgesetzes von 1872 wurde der Justizkommission überwiesen. Das Gesetz betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Staatsschulden-Kommission wurde in der Herrenhaus-Fassung angenommen. Nächste Sitzung Dienstag. Kultusetat.

St. Petersburg, 26. Jan. (Telegramm der „Norddeutschen Telegraphenagentur.“) Dem Vernehmen nach wird der Reichsrath demnächst gleichzeitig mit der Berathung des Gesetzentwurfs des Finanzministers über die Ersetzung der Kopfsteuer durch erhöhte Staats-Grundsteuer auch den Gesetzentwurf über Einführung der Personalsteuer berathen. Danach würde, wie verlautet, die Personalsteuer jährlich fünfzig Kopeten betragen und würden derselben sämtliche männliche russische Unterthanen und in Rußland beständig ansässige oder mehr als ein Jahr sich dort aufhaltende Ausländer im Alter von 18 bis 55 Jahren unterliegen. Von der Personalsteuer frei würden sein die Militärs, die Geistlichkeit, die Vertreter des Auslands, Arbeitsunfähige.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Trost in Karlsruhe.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register. Geburten. 22. Jan. Josef, B.: Ferd. Frank, Lokomotivbeizger. — 24. Jan. Marie, B.: Frdr. Fischer, Bahnhofsarbeiter. — 25. Jan. Marie, B.: Engelst. Mannuß, Tagelöhner. — Frdr. Ludwig Wilhelm, B.: G. Schneider, Kata.

Eheschließungen. 26. Jan. G. Rupp von hier, Schlosser hier, mit Karoline Würzburger von hier. — Josef Kohlsch von Bismarck, Schmied hier, mit Agnes Fünfling von Ruppenthal.

Todesfälle. 25. Jan. Rafael Haber, Chemann, Gastwirth, 54 J. — 26. Jan. Lisette Hammer, led., Privatier, 63 J.

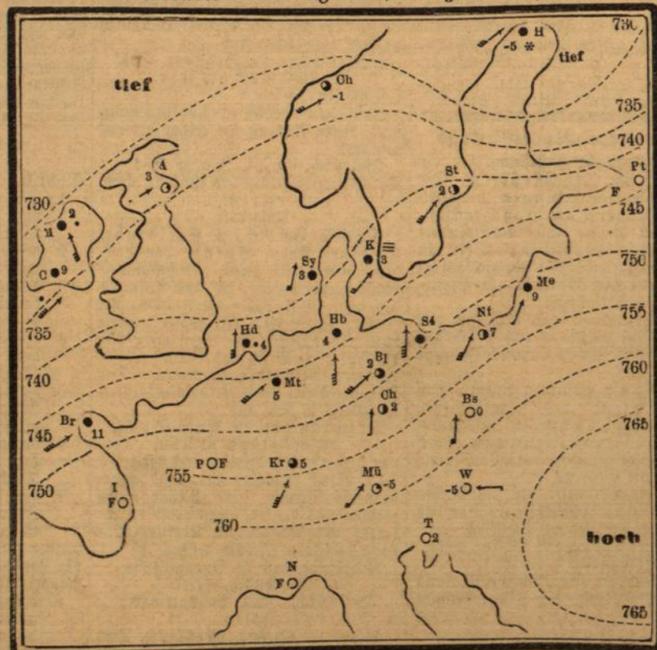
Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

Januar	Barom.	Thermom.	Absolute	Relative	Wind.	Himmel.
	mm	in C.	Freudt.	Feuchtig.		
25 Nachts 9 Uhr	748.3	+ 3.5	3.82	65	SW	Klar
26 Morgs. 7 Uhr 1)	745.2	+ 4.4	3.49	55	SW	bedeckt
" Mittags 2 Uhr 2)	742.9	+ 6.6	4.97	63	SW	"

1) Windig. 2) Sturm und Regen.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 26. Jan., Mittags 3.35 m, gefallen 2 cm.

Wetterkarte vom 26. Januar, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Während im Nordwesten der britischen Inseln eine neue tiefe Depression erschienen ist, ist ein Theilminimum vom Kanal nach der südlichen Nordsee fortgeschritten, unter dessen Einfluß die südlichen Winde im nordwestlichen Deutschland wieder stark aufwirren. Im südöstlichen und mittleren Ostseegebiete wehen starke bis stürmische südwestliche Winde. Ueber Centraleuropa ist bei westwärts fortschreitender Erwärmung das Wetter im Norden trübe, im Süden wolfig bis heiter. Ueber der Nordhälfte Centraleuropas ist fast überall Regen gefallen. Ueber Oesterreich-Ungarn und Südbayern ist es erheblich kälter geworden und herrscht fast allenthalben Frostwetter. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 26. Januar 1884.

Staatspapiere.	Norddeutsche	156 1/2
4% Preuß. Conl. 102 1/16	Elbthal	173 3/8
4% Baden in R. 101 3/16	Mecklenburger	203
4% " i. Pr. 102 1/16	Ober-Schlesische	271 1/4
Defter. Goldrente 84 1/8	Rechte-Oberrhein	193 3/4
Silber. 67 1/16	Gottbard	96 3/8
4% Ungar. Goldr. 75 3/8	Loose, Wechsel etc.	—
1877er Russen 90 1/16	Def. Loose 1860	120
II. Orientanleihe 56 1/2	Wechsel a. Amst.	168.60
Italiener 92 7/8	" " Lond.	20.39
Egypter 68 7/16	" " Paris	80.07
Banken.		
Kreditaktien 264 1/4	Napoleonss'dor	168.10
Disconto-Comm. 192 3/8	Privatdisconto	2 1/2
Basler Banker. 121 1/4	Bad. Rudersfabrik	126
Darmstädter Bank 152	Allali Westf.	160
Wien. Bankverein 94 1/2	Nachbörse.	
Bahnaktien.	Staatsbahn	268
Staatsbahn	Kreditaktien	264 1/2
Lombarden	Staatsbahn	268
Galizier	Lombarden	120
Büschelbrader	Tendenz: still.	—

Berlin.	Wien.	
Def. Kreditakt. 528.—	Kreditaktien	305.20
" Staatsbahn 536.—	Marktnoten	59.47
Lombarden 242.50	Tendenz: —	—
Disco-Comm. 192.20	Paris.	
Lombardhütte 113.60	5% Anleihe	107.32
Dortmunder 82.80	Spanier	58 3/8
Marienburger 81.70	Egypter	343.—
Böhm. Nordbahn —	Ottomane	649.—
Tendenz: —	Tendenz: —	—

